

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Frau Polizeipräsidentin, Herr Olbering!

Frau Polizeipräsidentin, Sie haben gerade mitgeteilt, was Sie nicht mehr hören können. Ich kann Ihnen sagen, was ich nicht mehr hören kann. Es ist das auch von Ihnen vorgetragene Mantra des „uns geht es gut“. Bei diesem Merkel–Mantra sollte man immer hübsch auf das „**uns**“ achten. Wer bitte soll das sein? Sie arbeiten hier anscheinend mit Durchschnittswerten. Aber mit dem Durchschnitt ist das immer so eine Sache. Da fällt mir immer ein russisches Sprichwort ein: Im Durchschnitt war der Teich 1 Meter tief, trotzdem ersoff die Kuh!

Es sind gerade wieder Studien bekannt geworden, die uns sagen, dass Menschen, die in Armut und prekären Verhältnissen leben nicht nur kränker sind, sondern auch über 10 Jahre früher sterben, als reiche und wohl situierte Menschen. Ich wiederhole es noch einmal, über zehn Jahre gehen ihnen an Lebenszeit verloren. Da reden wir nicht mehr von Petitesse.

Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor - Tendenz steigend und Altersarmut ist für viele Menschen mittlerweile bittere Realität - Tendenz massiv steigend.

Die Schlangen an den Tafeln werden immer länger.

Aber **uns** geht es gut? Ist das ihr Ernst?

Dass es Ihnen und vielen Mittelstandsangehörigen hier im Rat gut geht, das glaube ich gern, aber das ist nicht die Lebensrealität für viele Leute hier in Gelsenkirchen, gerade in einer Stadt mit weit über 16.000 Arbeitslosen. Die tatsächliche Unterbeschäftigung lag bei fast 23.000 Menschen. Langzeitarbeitslosigkeit ist für viele Menschen der Normalzustand mit allen negativen Folgen.

Sie haben uns in Ihrer Rede wissen lassen, dass die Kluft zwischen Realität und gefühlter Wirklichkeit immer größer werde. Manche Menschen bastelten sich, Ihrer Meinung nach, ein Weltbild zusammen, das mit der Realität nicht übereinstimmt.

Ja und zu diesen Leuten scheint vorzugsweise die Bundesregierung zu gehören. Bei einem Blick in den Armutsbericht der Bundesregierung kann man diese Verhaltensweise bei der Arbeit sehen. Dort finden sich interessante Ausführungen, die man versucht hatte heraus zu fälschen. Dort steht, dass es eine Krise der Repräsentation gibt. Mit anderen Worten: Diese Demokratie funktioniert nicht mehr. Das, was die Mittel- und die Unterschicht möchten, bildet sich nicht mehr in Regierungspolitik ab. Es setzen sich nur noch die Interessen von reichen und wohlhabenden Menschen durch. Da fragt man sich schon, ob solche alarmierenden Entwicklungen von den führenden Stellen überhaupt noch zur Kenntnis genommen werden. Da scheinen mir einige Menschen in einem Paralleluniversum zu leben und nicht nur in Berlin.

Sie haben uns einige Probleme hier geschildert, ohne jedoch zu erwähnen, dass viele dieser Probleme hausgemacht sind. Seit Jahren wurden im Bereich der Polizei massive Einsparungen durchgeführt. Das Geschwätz vom schlanken Staat konnten wir uns ja über Jahre hinweg von den diversen neoliberalen Parteien immer wieder anhören. Noch heute sind tausende Stellen nicht besetzt und die Kollegen bei der Polizei schieben tausende von Überstunden vor sich her. Polizisten werden so schlecht bezahlt, dass viele von ihnen

Nebenjobs nachgehen müssen, um über die Runden zu kommen. Das sind Menschen, die eine wichtige Aufgabe wahrnehmen und die werden allein gelassen.

Rassistische Gewalt, Kriminalität und das Aufkommen rechter Gesinnung sind die direkten Folgen einer katastrophalen, miserablen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der letzten 20 - 30 Jahre. Faschismus fällt nicht vom Himmel, sondern wird, wie schon vor 1933, durch Armut, gesellschaftliche Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen und entsprechende - solche Entwicklungen ausnutzende - Parteien hervorgerufen und auch von extrem reichen Menschen mit rechter Gesinnung und viel Geld im Rücken massiv befördert. Die Namen dieser Leute pfeifen die Spatzen von den Dächern, sie sind bekannt und gehen durchs Internet. Das kann man alles wissen, wenn man sich damit beschäftigt.

Wichtig scheint uns daher eine Verbesserung der sozialen Situation von Menschen, dann wird auch Kriminalität massiv zurückgehen. Das ist eine Binsenweisheit; das ist zweites Semester Jura, Kriminologie.

Polizisten stattdessen fast paramilitärisch zu bewaffnen und gated communities zu schaffen, ist da sicher nur bedingt hilfreich und zielführend.

Was sicher auch nicht zielführend ist, ist das Zurückfahren von Geldern, die für die Integration von Flüchtlingen vorgesehen sind, die zu geringe finanzielle Ausstattung von Projekten, die sich um Jugendliche bemühen und eine Politik, die gegen den Bürgerwillen, im Interesse von Großkonzernen, abstruse Projekte wie die Abholzung des Hambacher Forstes mit Gewalt durchdrücken will und dabei die Kollegen von der Polizei das ausbaden lässt, was Politik über Jahre hinweg versemelt hat.

Was jedoch sicher ganz besonders kontraproduktiv ist, ist eine Verschärfung der Polizeigesetze, auch hier in NRW, bei denen es nicht um Prävention und eine bessere Ausstattung mit Personal geht, sondern um eine massive Einschränkung der Bürgerrechte. Was in diesen Polizeigesetzen steht, lässt einem die Haare zu Berge stehen. Diese Verschärfungen dienen auch dazu, um für eventuell in Deutschland aufkommende Bürgerproteste, wie sie gerade mit den Gelbwesten in Frankreich zu sehen sind, gerüstet zu sein. Dazu gab es bereits ein hervorragendes Feature im Deutschlandfunk. Das könnte man alles wissen, man müsste es nur zur Kenntnis nehmen.

Wer sich über das Polizeigesetz in NRW informieren möchte, dem empfehle ich eine Veranstaltung bei der LINKEen GELSENKIRCHEN am 14. Juni 2019, wo Friedrich Straetmanns, unser Bundestagsabgeordneter und seines Zeichens Richter, uns über dieses Machwerk Auskunft geben wird.

Danke!

Gelsenkirchen, 29.03.2019

Bettina Angela Peipe, DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort.